

3014/AB XX.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3024/3-NR/1997 betreffend Kürzungen der Freigegegenstände an AHS und BHS, die die Abgeordneten Mag.Dr. Udo Grollitsch und Kollegen am 3. Oktober 1997 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Überlegungen haben Sie bewogen, Stundenkürzungen an AHS und BRS im allgemeinen vorzunehmen?

Antwort:

Grundsätzlich ist dazu festzuhalten, daß für ganz Österreich derselbe Werteinheitenumfang zur Verfügung steht wie im Vorjahr. Es sind daher keine Stundenkürzungen für das heurige Schuljahr vorgenommen worden. Im Gegenteil, es wurde aufgestockt, da für die Jugendbeschäftigung zusätzliche Werteinheiten (WE) zur Verfügung gestellt wurden.

2. Warum sind von der Kürzung der Werteinheiten Tiroler Schulen überdurchschnittlich betroffen?

Antwort:

Das WE - Kontingent für ganz Österreich ist im Umfang das gleiche wie 1996/97. Die angesprochene Veränderung ist ein rechnerisches Ergebnis, da bei insgesamt gleichen WE für ganz Österreich die Schülerzahlen in den betreffenden Schularten in Tirol nicht in dem Maß zugenommen haben wie in anderen Bundesländern, sodaß sich eine relative Verschiebung der WE ergibt.

3. Warum wurden an der HTBLVA Innsbruck I konkret 250 Bildungs - Werteinheiten gestrichen?

Antwort:

Die Aufteilung der WE vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wird grundsätzlich aufgrund der Schülerzahlen vorgenommen. Die „individuelle“ Aufteilung auf die Schulen eines Bundeslandes erfolgt ausschließlich durch die dafür zuständigen Landesschulbehörden.

4. Haben Sie versucht, die Kürzung der Freifächer „Kommunikationstraining“ „Managementtechnik“ und „Computerstandardsoftware“ an der HTBLVA Innsbruck I zu verhindern?

Wenn nein, warum nicht?

5. Sind im Vorschlag Ihres Bundesministeriums betreffend Kürzungen von Gegenständen Prioritäten vorgesehen?

Wenn ja, welche?

6. Ist im Vorschlag die Kürzung der zur Diskussion stehenden Freigegegenstände enthalten?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum hat man sich nicht an die Vorschläge gehalten?

7. Haben Sie angesichts der erhöhten Nachfrage nach Fremdsprachenkenntnissen Versuche unternommen, die Kürzung bzw. Streichung einer zweiten Fremdsprache als Freigegegenstand an AHS und BHS zu verhindern?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

8. Ist Ihnen bewußt, daß durch die Kürzungen der Freigegegenstände im allgemeinen und an der HTBLVA Innsbruck I im besonderen die bestmögliche Ausbildung unserer Jugend behindert wird, und damit deren Berufsaussichten fahrlässig gefährdet werden?

Wenn ja, wie rechtfertigen Sie diese Maßnahme?

Antwort:

Seitens meines Ressorts werden keine Vorschläge bezüglich der Durchführung von Freifächern bzw. deren Kürzung erstellt. Es obliegt vielmehr den einzelnen Schulen, gemeinsam mit Schülern, Eltern und Lehrern Schwerpunkte zu entwickeln und diese mit dem zur Verfügung stehenden WE - Kontingent zu realisieren. Die engagierte Arbeit verantwortungsvoller Pädagogen hat gezeigt, daß im Rahmen der Schulautonomie in den letzten Jahren gezielt Schwerpunkte gesetzt und realisiert wurden. Die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule bedarf nicht der Einflußnahme durch mein Ressort. Vielmehr zeigen die vielen erfolgreichen Projekte, Schwerpunkte und Akzente, die von einzelnen Schulen gesetzt wurden, welche Bandbreite die Ausbildung der österreichischen Schuljugend aufweist.

9. Viele Eltern haben ihre Kinder wegen des attraktiven Ausbildungsangebotes auch und gerade im Hinblick auf die genannten Freigegegenstände in die HTBLVA Innsbruck I geschickt und sind nun besonders enttäuscht.

Wie rechtfertigen Sie den offensichtlichen „Vertrauensbruch“ gegenüber diesen Eltern?

10. Sehen Sie angesichts des EU - Wettbewerbs in der Kürzung von Freigegegenständen nicht eine bewußte Inkaufnahme einer Benachteiligung österreichischer Schüler im künftigen Berufswettbewerb?

Wenn ja, wie rechtfertigen Sie diese?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Wie bereits ausgeführt, erfolgt die Zuteilung der WE an die Schulen durch die Landesschulbehörden. Die Kalkulation betreffend die Freifächer muß von den Schulleitern realistisch durchgeführt werden. Das umfangreiche Angebot für Schulen innerhalb der EU bietet zahlreiche Möglichkeiten, das Ausbildungsangebot für Schüler zu erweitern und ergänzen. Es kann daher kaum von einer „Inkaufnahme einer Benachteiligung österreichischer Schüler“ gesprochen werden.